

# BUCHBESPRECHUNGEN

- Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf / Frech, Siegfried (Hg.): *Autoritäre Regime. Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel.*  
(Armin Pfahl-Traubhaar)..... 223
- Becker, Irene / Hauser, Richard: *Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck. Zieldimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde.*  
(Pia Jaeger)..... 224
- Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum.*  
(Harald Bergsdorf)..... 226
- Heise, Axel: *Bündische Solidarität oder föderaler Wettbewerb? Finanzföderalismus in Deutschland, der Schweiz und den USA im Vergleich.*  
(Harald Bergsdorf)..... 227
- Jann, Werner und König, Klaus: *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Reihe Neue Staatswissenschaften, Band 9).*  
(Helge F. Jani)..... 228
- Kraushaar, Wolfgang: *Verena Becker und der Verfassungsschutz.*  
(Eckhard Jesse)..... 230
- Kronenberg, Volker: *Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland.*  
(Philipp W. Hildmann)..... 231
- Matuschek, Ingo; Krähne, Uwe; Kleemann, Frank; Ernst, Frank: *Links sein. Politische Praxen in links-affinen Alltagsmilieus.*  
(Martin Seeliger)..... 233
- Oermann, Nils Ole: *Albert Schweitzer. Eine Biographie 1875–1965.*  
(Rainer Miehe)..... 234
- Radkau, Joachim: *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte.*  
(Udo E. Simonis)..... 235
- Seidl, Irmgard/Zahrnt, Angelika: *Postwachstumsellschaft – Konzepte für die Zukunft.*  
(Stefan Mann)..... 236
- Schlüter, André: *Moeller van den Bruck. Leben und Werk.*  
(Stefan Kubon)..... 237
- Sen, Amartya Sen: *Die Idee der Gerechtigkeit.*  
(Armin Pfahl-Traubhaar)..... 239
- Holger ALBRECHT/Rolf FRANKENBERGER/Siegfried FRECH (Hrsg.): *Autoritäre Regime. Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel*, Schwalbach/Ts. 2011 (Wochenschau-Verlag), 333 S., 16,80 €
- Über demokratische Ordnungen und totalitäre Systeme liegt mittlerweile eine Fülle an wissenschaftlicher Literatur vor. Geringere Aufmerksamkeit fanden demgegenüber autoritäre Regime, die nicht demokratisch, aber auch nicht totalitär sind. Zu diesem »Forschungsrandgebiet« haben nun die drei Politikwissenschaftler Holger Albrecht, Rolf Frankenberger und Siegfried Frech den Sammelband *Autoritäre Regime. Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel* vorgelegt. Darin erinnern sie zunächst schlicht daran, dass der Blick auf die Weltkarte zeige, dass autoritäre politische Systeme im 21. Jahrhundert entgegen der normativen Warte westlicher Demokratieforschung sehr wohl noch eine politische Konstante sind. Die von ihnen herausgegebenen Texte wollen anhand von Fallbeispielen nach Funktionslogiken, Institutionen, und Strukturen, Interdependenzen, Kerneigenschaften und Systemerhaltungsmechanismen derartiger Formen diktatorischer Herrschaft fragen.
- Am Beginn steht aber ein Beitrag zu Definition und Forschungsstand dieser »Dunklen Seite« der Macht, worin die Begriffsbestimmungen des Polity IV-Projekts und des *Freedom in the World Index* dargestellt und kommentiert werden. Die bei-

den Herausgeber Albrecht und Frankenberger plädieren selbst aber für eine Auffassung, die sich nicht negativ über die Ablehnung der Demokratie ergibt. Sie benennen drei Merkmale: »In autoritären Systemen sind Entscheidungsbefugnisse stark konzentriert, sowohl personell als auch instituational...« (S. 27). »Ein zweites Kernelement... bezieht sich auf das Verhältnis zwischen den politischen Regimen und ihren Bürgern.« Dabei sind ungleiche »Partizipationsmöglichkeiten... systemrelevant« (S. 30). Und drittens gilt für autoritäre Regime: »Deren Herrschaftsausübung ist nicht durch formale Regelwerke (Verfassungen) oder Institutionen (Wahlen) begrenzt. Jene existieren zwar, werden aber von den Herrschenden korrumptiert... und durch informelle Mechanismen der Herrschaftsausübung unterwandert« (S. 33).

Diesem Definitionskapitel folgen zwölf Fallstudien, die sich auf autoritäre Regime in bestimmten Ländern oder Regionen beziehen. Hierbei beschränken sich die Autoren aber nicht auf die Aufzählung historischer Fakten oder die Beschreibung politischer Institutionen, sondern stellen ihre Beispiele in einen analytischen Kontext: Die postsozialistischen Staaten gelten überwiegend als »hybride Regime« mit einer ausgeprägten Dominanz der staatlichen Exekutive über die gesamte Politik. In Südostasien spielt die Macht des Militärs angesichts der Schwäche der politischen Parteien und zivilen Institutionen weiterhin noch eine große Rolle. Viele afrikanische Staaten gelten als »elektorale Autokratien«, in denen die postkoloniale Herrschaftspraxis hinter dem Schleier eines angeblich demokratischen Verfassungsstaates verborgen sei. In Ägypten dienten einige Reformen dazu, einen grundlegenden Wandlungsprozess zu vermeiden. Für die Stabilität des autoritären Regimes in Simbabwe spielt die politische Apathie der Bevölkerung eine große Rolle.

Genau in der hier deutlich werdenden Verkopplung der historischen und politischen Ländersstudien mit einem bestimmten analytischen Aspekt, der meist auf die unterschiedlichen Instrumente und Mechanismen der Herrschaftsstabilisierung bezogen ist, besteht das Verdienst dieses Sammelbandes. Er macht dabei erneut deutlich, dass die idealtypisch klare Trennung von Demokratie und Diktatur realpolitisch keineswegs so eindeutig ist. Besonders erhellend dürfte in diesem Kontext sein, wie sich autoritäre Regime pseudodemokratischer Legitimationsmittel zur Herr-

schaftsstabilisierung bedienen. Etwas irritierend wirkt sowohl bei den Fallstudien wie bei dem Grundsatzbeitrag, dass der von Juan L. Linz besonders herausgestellte Unterschied zwischen autoritären und totalitären Diktaturen nicht näher thematisiert wurde. Ansonsten überholte die politische Entwicklung manche Einschätzungen in dem Band, konnte man zu dessen Erscheinen doch noch von der Herrschaftssicherung im Vorderen Orient zur Zeit des Sturzes dortiger autoritärer Regime lesen.

Armin Pfahl-Traubghber

*Irene BECKER / Richard HAUSER: Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck. Zieldimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde, edition sigma, Berlin 2009, Forschung Hans-Böckler Stiftung, Bd. 104, 308 Seiten, 19,90 €*

In der aktuellen öffentlichen Diskussion ist das Thema Soziale Gerechtigkeit präsent wie selten zuvor. Aufgrund der zunehmend ungleichen Vermögensverteilung stellt sich immer dringlicher die Frage, wie Güter, Rechte und Chancen in einer Gesellschaft gerecht verteilt werden können und sollen.

Die Volkswirte Irene Becker und Richard Hauser beschäftigen sich in ihrer von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler Stiftung veröffentlichten Studie mit den verschiedenen Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit. Dabei unterteilen sie das Konzept in zwei Ebenen: Die erste Zielebene bezieht sich auf Gerechtigkeit zwischen Individuen, während es auf der zweiten um einen gerechten Ausgleich zwischen aufeinander folgenden Generationen geht. Die erste Zielebene wird in drei Teilziele untergliedert: Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit. Außerdem wird die immer wichtiger werdende Frage der Generationengerechtigkeit erörtert.

Den Autoren ist es ein Anliegen, einen theoretischen und empirischen Beitrag zur aktuellen Debatte zu leisten. In ihrer Untersuchung beziehen sie sich indirekt auf das, was die Bürger tatsächlich als gerecht oder ungerecht empfinden, indem sie sich auf solche Gerechtigkeitskonzepte beziehen, die konkreten Niederschlag in Gesetzen gefunden haben.

Die Studie gliedert sich in vier Teile, wobei der letzte der Zusammenfassung und dem Fazit der

Autoren gewidmet ist. Im ersten Teil werden die oben genannten Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit und ihre Zielbeziehungen untersucht. Ähnlich wie beim »magischen Viereck« des Stabilitätsgesetzes wird auch hier festgestellt, dass nicht alle Teilziele der sozialen Gerechtigkeit gleichzeitig verwirklicht werden können. Gleichwohl dürfen keines der Teilziele vernachlässigt werden, da sie alle gleichermaßen zur Verwirklichung des Gesamtziels sozialer Gerechtigkeit beitragen.

Im zweiten Teil werden die institutionellen Rahmenbedingungen behandelt, wobei das Hauptaugenmerk auf die Voraussetzungen zur Annäherung an eine formale Zugangsgerechtigkeit und auf die Steuer- und Transferpolitik im Hinblick auf die verschiedenen Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit liegt. Dabei werden die Zielbeziehungen der Teilziele untersucht und ihre Wechselwirkungen dargestellt. In diesem Zusammenhang werden die verschiedenen gesetzlichen Regelungen erläutert, welche zur institutionellen Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit beitragen sollen. Detailliert analysiert werden Einkommensbesteuerung, Kinderzuschlag, Eltern-, Wohngeld, Ausbildungsförderung sowie Sozialversicherung und Grundsicherung.

Die Studie kommt hinsichtlich der formalen Zugangsgerechtigkeit zu dem Ergebnis, dass auf diesem Feld zwar durchaus positive Entwicklungen zu konstatieren sind, wie beispielsweise durch die Förderung außerhäuslicher Kinderbetreuung, die nicht nur für Eltern einen Beitrag zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt leistet, sondern die Bildungschancen von Kindern verbessert. Auf der anderen Seite sind etwa durch die Einführung von Studiengebühren neue Hindernisse im Bildungssystem entstanden, die für junge Menschen bisweilen unüberwindlich sind. Auch bezüglich der Steuer- und Transferpolitik machen die Autoren auf nachteilige Entwicklungen aufmerksam: Zwar bewerten sie die Reform des Familienlastenausgleichs durchaus positiv, merken aber an, dass auf der anderen Seite die Höhe des Kindergeldes von 2002 bis 2009 unverändert blieb. Kritisiert wird zudem die fortdauernde Aussetzung der Vermögensbesteuerung in Deutschland und die unterlassene Verschärfung im Rahmen der Erbschaftssteuerreform. Ebenso weisen die Autoren darauf hin, dass zwar einerseits das Elterngeld die wirtschaftliche Situation junger Eltern zu Beginn stabilisiert und neue Anreize für die Ge-

schlechtergerechtigkeit bietet, da Väter seit der Einführung häufiger eine Auszeit nehmen, andererseits jedoch bewirke die verkürzte Bezugsdauer Negativeffekte vor allem für Alleinerziehende. Die Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung schließlich seien Ausdruck einer um der Stabilisierung der Beitragssätze willen vollzogenen Abkehr von den Zielen der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit.

Der dritte Teil der Studie bietet empirische Analysen zur sozialen Gerechtigkeit. Mängel werden außer hinsichtlich von Chancengleichheit und Bedarfsgerechtigkeit konstatiert. Vorrangig wäre hier der Ausbau von Betreuungs- und Förderangeboten für Kinder und die Rücknahme von Restriktionen im Bildungsbereich sowie Informati onsoffensiven mit dem Ziel, dass Bürger ihnen zustehende Sozialleistungen auch in Anspruch nehmen. Weiterhin wird unter dem Gesichtspunkt der Leistungsgerechtigkeit für eine Abschaffung der Mini-Jobs sowie für die durchgehende Einführung eines Mindestlohnes plädiert.

Der lesenswerte Band bietet eine Reihe von Einsichten in die komplexen Regelungszusammenhänge und miteinander verschränkten Probleme rund um das Thema soziale Gerechtigkeit. Die Systematik des Buches ist klar und verständlich und hilft dem Leser, sachliche Zusammenhänge zu erkennen. Unterstützt wird dies durch viele gut erläuterte Graphiken und Tabellen. Hinzu kommt, dass jeder Themenkomplex aus mehreren Perspektiven betrachtet wird, das heißt, dass sowohl die Rechtslage vor einer Reform gründlich erläutert wird als auch die Neuerungen inklusive ihrer Auswirkungen und Folgen dargestellt werden. Freilich: Bisweilen ist die Darstellung ein wenig einseitig ausgefallen. Beispielsweise wird in Teil zwei unter dem Punkt Ausbildungsförderung die gegenwärtige BAföG-Regelung kritisiert, da der Höchstsatz von ca. 643 Euro kaum ausreiche, die Lebenshaltungskosten zu decken, geschweige denn die Studiengebühren zu zahlen. BAföG-Empfänger seien deshalb nicht nur darauf angewiesen, neben dem Studium zu arbeiten, sondern stünden am Anfang ihres Berufslebens mit einem Berg von Schulden da. Dies ist zwar einerseits richtig, lässt aber außer Acht, dass die Modalitäten der zu leistenden Rückzahlung ausgesprochen moderat gestaltet wurden: Hier ist nicht nur die Begrenzung der maximal zurückzuzahlenden Summe zu nennen, sondern auch der Umstand,

dass mit der Tilgung erst fünf Jahre nach Ende der Förderungshöchstdauer begonnen werden muss und die Höhe der Raten an die Höhe des Einkommens gekoppelt ist. Trotz solcher vereinzelten perspektivischen Engführung: Unter dem Strich eine erhellende und empfehlenswerte Lektüre.

Pia Jaeger

*Hubertus BUCHSTEIN / Gudrun HEINRICH (Hrsg.): Rechtsextremismus im Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts. 2010, 26,80 €*

Der Soziologe Erwin Scheuch nannte Rechtsextremismus frühzeitig eine »normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften«. Das gilt weiter. Bis heute beunruhigt und erschüttert Rechtsextremismus die Bundesrepublik immer wieder. Inzwischen gibt es nur noch drei Bundesländer, in denen es seit 1946 bzw. 1990 nie eine rechtsextreme Landtagsfraktion gab (Thüringen, Saarland und NRW). Offenbar existiert keine moderne, komplexe, dynamische Gesellschaft ohne Rechtsextremismus – mehr oder minder ausgeprägt. Die Demokratie ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein Selbstläufer. Sie scheint fragil – zumindest latent. Gerade der starke Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Menschen. Eine »besenreine« Demokratie bleibt Utopie.

Der unaufgeregte Sammelband von Hubertus Buchstein und Gudrun Heinrich konzentriert sich auf den Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Schwerpunktmaßig analysiert das Buch rechtsextreme Strategien und demokratische Gegenstrategien in ländlichen Regionen. Dadurch gewährt es exemplarische Einblicke in die Interaktion von Rechtsextremisten und Demokraten in der ostdeutschen Provinz (Anklam, Lübtheen, Uecker-münde). Die Fallstudien untersuchen sowohl politische und soziale Strukturen in den jeweiligen Regionen als auch Potentiale und Aktivitäten von Rechtsextremisten und ihrer demokratischen Widersacher. Zusätzlich liefern die Autoren Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremisten aus anderen Orten in Deutschland. Zum Beispiel aus Wunsiedel, wo sich die Stadt unter einem CSU-Bürgermeister mit vielen Bürgern engagiert und oft erfolgreich gegen rechtsextreme Tendenzen wehrt. Insofern verharrt der Band nicht bei der

Analyse, sondern liefert auch viele praktische Anregungen für demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus.

Über weite Strecken bestätigen die Autoren bekannte Befunde. So fällt es Rechtsextremisten oft besonders schwer, vor Ort erfolgreich zu sein, wenn sie dort wenig verankert sind oder gar als zugereiste Außenseiter gelten und obendrein gewaltbereit auftreten. Handelt es sich hingegen um »home grown«-Rechtsextremismus, der sich in strukturschwachen Gebieten mit Unterstützung örtlicher Biedermann stark um soziale Probleme in der Region kümmert und fehlende oder sterbende Regionalzeitungen durch rechtsextreme Postillen (»Anklamer Bote«) ersetzt, kann er leichter politische Erfolge erringen. Umso wichtiger ist in solchen Orten demokratische Gegenwehr, die weder politisches noch soziales Brachland entstehen lassen darf – so schwer das oft ist, wenn die Zahl der aktiven Demokraten vor Ort gering ist bzw. schrumpft. Doch Rechtsextremisten dürfen vor Ort weder eine Meinungsführerschaft oder Deutungshoheit erringen noch dürfen sie auch nur Teile des öffentlichen Raumes besetzen können.

So ist es sehr hilfreich, wenn sich die Autoritäten vor Ort klar gegen Rechtsextremismus positionieren, also der Bürgermeister, Kirchenvertreter, andere angesehene Persönlichkeiten und kommunale Spitzenvertreter der demokratischen Parteien. Sie könnten auch einen Runden Tisch installieren, an dem die Demokraten mit Experten regelmäßig die Lage des Rechtsextremismus vor Ort analysieren und Gegenstrategien entwerfen. Wenn Rechtsextremisten lautstark demonstrieren, kann zum Beispiel der örtliche Pfarrer einen Gottesdienst ansetzen und die Glocken läuten lassen, um die Antidemokraten zu übertönen. Hilfreich sein kann es auch, wenn etwa Geschäftsleute (potentielle) Gewaltopfern Zuflucht bieten, indem sie das Projekt »Noteingang« initiieren oder wenn Demokraten flächendeckend rechtsextreme Aufkleber abkratzen – gerade auch darüber könnten/ sollten lokale und regionale Medien berichten.

Demokratisches Engagement vor Ort kann sich aber auch darin zeigen, regelmäßiges Fußballtraining für Jugendliche anzubieten und durchzuführen oder gelegentlich öffentliche Anlagen von Müll zu befreien nach der Devise: Zupacken statt Zuschauen. Das honorieren, wie kommunale Erfahrungen zeigen, oft viele, auch unpolitische Bürger, die sich durch solche Aktivitäten möglicherweise

erer von Demokraten vertreten fühlen. Im Idealfall kümmern sich die Demokraten in der Gemeinde um alle relevanten Probleme, bevor Rechtsextremisten in politische oder soziale Vakuen stoßen – also mehr agieren als reagieren. Insgesamt fügt der Band viele Mosaiksteinchen zusammen. Dadurch leistet er einen hilfreichen Beitrag zur Analyse des Rechtsextremismus. Ebenfalls liefert er viele gute Ideen zur demokratischen Gegenwehr.

Harald Bergsdorf

*Axel HEISE: Bündische Solidarität oder föderaler Wettbewerb? Finanzföderalismus in Deutschland, der Schweiz und den USA im Vergleich, Baden-Baden 2010, 200 S., boschiert, 39,90 €*

Mit den Föderalismusreformen I und II erlebte die Föderalismusforschung in Deutschland einen regelrechten Boom. Auch dem Fiskalföderalismus, lange Jahre eher Stiefkind der politikwissenschaftlichen Forschung, widmeten sich zunehmend Autoren, zum Beispiel Henrik Scheller. Nur wenige Publikationen näherten sich dem Thema freilich in international-vergleichender Perspektive. Gerade die »deutsche Binnensicht« ist ein Mangel. So schreibt der Erlanger Politikwissenschaftler Roland Sturm: »Die kreative Verbindung, vor allem auch internationaler politikwissenschaftlicher Theoriebildung, mit dem in der nationalen Forschung gewachsenen Wissen über Funktionszusammenhänge des deutschen politischen Systems bleibt jedoch ein Desiderat der Forschung.« In diese Lücke stößt der Politikwissenschaftler Axel Heise mit seiner Dissertation.

Die Politikwissenschaft widmet sich seit Aristoteles der Aufgabe, zu vergleichen: Die vergleichende Methode gehört zu den Hauptinstrumenten der Politikwissenschaft. Vergleiche helfen, einerseits Ähnlichkeiten zu verdeutlichen, andererseits aber auch das Spezifische, Besondere, Charakteristische und Eigentümliche eines politischen Phänomens herauszuarbeiten. Dadurch können sie dazu beitragen, die Konturen ihrer Objekte zu schärfen. Indem die Politikwissenschaft durch (inter-)nationale Vergleiche jeweils Ähnlichkeiten und Unterschiede abwägt, gewinnt sie ein genaues Bild von der politischen Wirklichkeit. Insofern können Vergleiche davor bewahren, einzelne Beobachtungen zu verabsolutieren. Das »Vergleichen ist jedem wissenschaftlichen Verfahren inhä-

rent, die wissenschaftliche Methode ist unweigerlich vergleichend, und alle Politik ist in irgendeiner Weise vergleichende Politik.«

Walther Rathenau befand gar: »Denken heißt Vergleichen.« Wer sich gegen Vergleiche wendet, plädiert für künstliche »Intelligenzbegrenzung«, meint der Historiker Egon Fläig: »Das Vergleichen dürfte...die maßgebliche Operation sein, um zu differenzieren. Vergleichend gewinnen wir differenzierte Vorstellungen...Nicht einmal das Absolute ist unvergleichlich. Viele Intellektuelle und Nichtintellektuelle beharren darauf, dieser Sachverhalt oder jenes Ereignis seien unvergleichlich... Nichts ist unvergleichlich...Notwendigerweise ist in der Welt...alles ‚relativ‘, nichts absolut...Wer relativiert, leugnet nicht, sondern erfüllt seine wissenschaftliche Pflicht, das Existierende in Beziehungen zu setzen. Einen Vorgang oder eine Sache zu verabsolutieren, heißt sie von ihren Kontexten zu isolieren, aus ihrer relationalen Einbettung herauszureißen.«

Durch die parallele Untersuchung der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und der USA gelingt es Axel Heise nicht nur vergleichend Erkenntnisse zu gewinnen, sondern auch deduktiv Theorieansätze zu formulieren, die für die politikwissenschaftliche Forschung interessante Anstöße bringen können. Grob gliedert sich die Arbeit in drei Teile: Angelehnt an Daniel Elazars Ansatz von Föderalismus als »Struktur und Prozess« untersucht der Autor nach einem kurzen Theorieteil zu Beginn das Zusammenwirken institutioneller Strukturen und politischer Prozesse in den föderalen Finanzbeziehungen der drei Staaten. Er widmet sich aber nicht nur der Frage, wie und unter welchen Umständen Entscheidungen fallen, sondern analysiert auch, welche Politikergebnisse Bund und Gliedstaaten im jeweiligen finanzföderalistischen Beziehungsgeflecht erzielen, etwa, wie sich regionale Unterschiede beim Bruttoinlandsprodukt und bei der Arbeitslosigkeit entwickelt haben oder warum manche Gliedstaaten erfolgreich und andere weniger erfolgreich sind. Im Hinblick auf die bis spätestens 2019 nötige Reform des deutschen Finanzausgleiches wird am Ende gefragt, welche finanzföderalen Anstöße aus der Schweiz und den USA übernommen werden können.

Heise strukturiert damit nicht nur die föderalen Finanzbeziehungen, indem er aus Rainer-Olaf Schulzes Systematik des inter- und intrastaatlichen

Föderalismus die entsprechenden Modelle des Fiskalföderalismus ableitet; er unternimmt auch den durchaus anspruchsvollen Versuch, die Bedeutung der drei Regierungssysteme in seine Betrachtung einzubeziehen. Ob die von Heise definierten »Interaktionsfelder« föderale Beziehungen, Parteien- system, Regierungssystem und politische Kultur wirklich ein System Richtung inter- oder intrastaatlichem Föderalismus »tendieren« lassen, müsste noch näher untersucht werden, insbesondere unter Einbezug weiterer Regierungs- und Föderalsysteme. Ein innovativer Forschungsanstoß ist freilich seine Definition von Konflikten um zu verteilende Mittel im Fiskalföderalismus, die er in eine horizontale, vertikale, politische und territoriale Konfliktlinie einteilt. Diese wirkt schlüssig, auch gut belegt und hat durchaus Potential zu einer vertiefenden Untersuchung. Es ist fast schade, dass an dieser Stelle eine Einbeziehung von Kanada oder Australien unterbleibt, verbinden diese doch den Westminster-Demokratietyp mit der Bundesstaatlichkeit und stehen daher der Bundesrepublik teilweise sogar näher als die USA und die Schweiz.

Der zweite Teil, der stärker die Politikergebnisse unter die Lupe nimmt, bringt ebenfalls interessante Anstöße. So ist es durchaus bemerkenswert, dass regionale Disparitäten in den stärker umverteilenden Föderalsystemen Deutschlands und der Schweiz größer geworden sind, in den USA, zumindest im Untersuchungszeitraum 1980-2006, kleiner. Mit Sinn für Realismus verweist er richtigerweise darauf, dass die vergleichende Erforschung des Zusammenhangs von Disparitäten und Bundesstaatlichkeit ein sehr großes Forschungsprojekt notwendig machen würde. Dass dennoch trotz unterschiedlicher Systeme einzelne Bundesländer, Kantone und Bundesstaaten bessere und schlechtere Ergebnisse erzielen können und warum dies so ist, zeigt Heise anhand von sechs Fallbeispielen. So setzen der Kanton Zug und Bayern auf eine eher kooperative Wirtschaftspolitik, die Parallelität zwischen Bayern und dem US-Bundesstaat Virginia besteht in der ausgeprägten High-Tech-Strategie. Hingegen haben Wallis, Nordrhein-Westfalen und Mississippi im Anbetracht ihrer sozio-ökonomischen Strukturen mit der Diversifizierung ihrer Wirtschaft zu lange gewartet.

Der Vorschlag des Autors für eine Neuordnung des fiskalen Föderalismus wirkt auf Basis seiner Untersuchungsergebnisse folgerichtig. Heise plä-

dert dafür, mit Hilfe eines Steuerzuschlagsrechtes für die Länder die föderalen Finanzbeziehungen zu flexibilisieren und gleichzeitig durch einen »Neuen Finanzausgleich« eine Mindestausstattung an finanziellen Mitteln für die Länder zu garantieren. Das ist ein besonders innovativer Vorschlag – ähnlich wie viele weitere, die sich in dem 200-seitigen Buch finden, in denen der Autor zahlreiche Ideen und theoretische Ansätze liefert, um die föderalen Finanzbeziehungen in Deutschland aus politikwissenschaftlicher Sicht besser zu verstehen. Aber gerade weil die Ansätze so zahlreich sind, hätte man sich gewünscht, dass er diese an der einen oder anderen Stelle vertieft hätte. Als Überblicksdarstellung leistet das für den trockenen Stoff sehr lebendig geschriebene Buch aber mehr als gute Dienste.

Harald Bergsdorf

*Werner JANN und Klaus KÖNIG (Hg.): Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Reihe Neue Staatswissenschaften, Band 9, Tübingen: Mohr Siebeck, 2009, 480 Seiten, 64,00 €*

Der Schlüssel für zielgerichtetes und effektives Regieren am Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich heute nur als voraussetzungsvolles Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren beschreiben. Der ehemals hierarchisch integrierte Nationalstaat mit einem eindeutig identifizierbaren Steuerungszentrum sieht sich unterschiedlichen Triebkräften ausgesetzt, die erhebliche Anpassungsleistungen verlangen. Prozesse der Globalisierung und der Europäisierung in Kombination mit den Zwängen vielfacher Ressourcenknappheit evozieren einen Wandel klassischer Staatlichkeit. Grenzen werden porös, neue kollektive Akteure betreten die politische Arena und verstärken die gesellschaftliche Differenzierung in hochspezialisierte Funktionsbereiche. Wo früher direkte staatliche Einflussnahme möglich war, sind neuartige Arrangements der Koordination und Kooperation entstanden. Diese Formen der kollektiven Handlungskoordination mit zum Teil schwach hierarchisch ausgeprägten Mustern der Politikformulierung und -durchsetzung, werden allgemein mit dem Begriff »Governance« erfasst. Komplexe politische Verfahren in verflochtenen Mehrebenensystemen erhöhen den Koordinationsbedarf. Wo ehedem hierarchisches *policy making* möglich war, begleiten

heute Verhandlungszwänge und Netzwerklösungen einen gestiegenen Legitimationsbedarf politischer Entscheidungen.

Damit rückt die Frage in den Vordergrund, wie die Architektur leistungsfähiger Staatlichkeit für die Umsetzung problemadäquater Lösungen beschaffen sein muss. In diesem Kontext hat jedoch bislang der Grad der Steuerbarkeit einzelner Politiksektoren über die Steuerungsfähigkeit des Regierungssystems triumphiert. Der von Werner Jann und Klaus König herausgegebene Band absichtigt, den analytischen Scheinwerferkegel genau an dieser Blindstelle neu zu justieren. »Ziel ist dabei ausdrücklich nicht«, wie die Herausgeber im Vorwort anmerken, »eine einheitliche Theorie modernen Regierens«, sondern eine multidisziplinäre Bestandsaufnahme von Regierungshandeln. Es geht mithin um die Frage, welche Auswirkungen die veränderten Bedingungen von Politiksteuerung auf die Strukturen und Prozesse des Kern-Regierungsapparates haben. Insgesamt siebzehn Beiträge verdichten und akzentuieren den »Ertrag der derzeit eher isolierten und fragmentierten Forschungen« und bilden eine umfangreiche Gesamtschau.

Der Eröffnungsbeitrag von Werner Jann, der auch die Rahmenperspektive der nachfolgenden Analysen vorgibt, entwickelt den Ansatz »institutioneller Steuerung«. Während die klassische Steuerungstheorie akteurszentriertes Handeln betont, »verkörpert das Governance-Konzept eine institutionalistische Wende, die damit auch die Steuerungs- und Regierungsforschung erreicht« (S. 5). Um die Steuerungskapazität von Regierungsapparaten zu erhöhen, kommt es nicht nur auf politikfeldspezifische Betrachtungen, sondern auch auf eine »bewusste Institutionen- und Verwaltungspolitik« (S. 10) an. Diese Steuerungspolitik verändert zunächst die institutionellen Grundlagen von Politikfeldern, beeinflusst aber auch die »normative und kognitive Sinngebung« (S. 15), die durch das politisch-administrative System erzeugt wird. Drohendem Steuerungsversagen kann auf diese Weise durch eine Veränderung institutioneller Arrangements sowie durch die Schaffung neuer Leitbilder begegnet werden.

Eine der innenpolitisch motivierten Veränderungskräfte modernen Regierungshandelns liegt in dem Wechselverhältnis zwischen Mediengesellschaft und Politik. Heribert Schatz zeichnet die Wege der Professionalisierung von Politikvermitt-

lung nach. Dauerhaft präsente »Politikvermittlungsexperten« (S. 152) sind heute auch fernab von Wahlkampfzeiten aktiv. Die Medialisierung des politischen Systems insgesamt hat zu Strukturveränderungen in der Ministerialbürokratie geführt. Da sie sich als leicht zugängliche Informationsquelle für die Medien entwickelt hat, versucht die politische Führung sie »nach Jahren relativer Großzügigkeit wieder hermetisch abzudichten« (S. 166).

Axel Murswieck beleuchtet die Einflussgrößen, die für die Regierungsstile der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie bislang prägend waren. Dazu entwickelt er unterschiedliche Typologien von Variablenbündeln, die von der Führungsfähigkeit des Kanzlers bis hin zu institutionellen Faktoren reichen. Neben den historischen Rahmenbedingungen zählt hierzu die »Amtsmotivation« (S. 178) des jeweiligen Regierungschefs sowie die Leistungsfähigkeit des Regierungssapparates. Bislang haben alle Amtsinhaber das Bundeskanzleramt als strategische Machtressource erkannt und genutzt. Je nach organisatorischer Ausformung des Amtes findet der Regierungsstil »hier am deutlichsten seinen Niederschlag« (S. 187).

Wie sehr Verhandlungslösungen der einst dominanten hierarchischen Steuerung Platz gemacht haben, zeigt Rolf G. Heinze. Prominenter Ausdruck dieses konsensorientierten Steuerungsmodus sind die vielfach eingesetzten Expertenkommissionen. In der Rolle des »politischen Minenhundes« (S. 231) sind diese Arrangements in der Lage, Politikblockaden aufzulösen, Themen agendafähig zu machen sowie gesellschaftlichen Rückhalt zu mobilisieren. Insbesondere die rot-grüne Bundesregierung hat dieses kooperative Verfahren für eine strategische Politiksteuerung mehrfach eingesetzt. Wenig optimistisch resümiert Heinze jedoch, befindet sich die korporatistisch organisierte Gesellschaft in einem Zustand der »Desorganisation« (S. 243) da es trotz weit verbreiteter Verhandlungsrunden immer noch »viele institutionelle Bremser« (S. 248) gibt.

Der Band umfasst eine Reihe weiterer Beiträge, die verschiedene Facetten von Regierungstechniken beleuchten. Die Einflüsse von New-Public-Management-Ideen werden ebenso thematisiert wie sozialstaatlich motivierte Politikanforderungen; Regierungsagenturen als Modus ministerieller Verantwortungsdiffusion werden genauso diskutiert wie das Regieren im föderalen Mehrebenen-

system. Insgesamt liegt hier eine reichhaltige Sammlung von Analysen vor, die die Komplexität moderner Regierungsapparate und ihrer Leistungsfähigkeit detailliert beleuchtet. Wünschenswert wäre jedoch ein abschließendes Kapitel gewesen, das noch einmal den Bezug zum eingangs vorgestellten Konzept »institutioneller Steuerung« hergestellt hätte. So ließen sich die zentralen Befunde zum Regieren am Beginn des 21. Jahrhundert stärker akzentuieren und weitere Forschungsdesiderate benennen.

Helge F. Jani

Wolfgang Kraushaar: *Verena Becker und der Verfassungsschutz. Hamburger Edition, Hamburg 2010, 202 Seiten, 16,00 €*

Der Terrorismus der »Roten Armee Fraktion« (RAF), so die großspurige Eigenbezeichnung, hat die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren geprägt. Die Nachwirkungen halten bis auf den heutigen Tag an, wie u.a. der Prozess gegen Verena Becker zeigt, bei dem es um die Frage geht, wer den Generalbundesanwalt Siegfried Buback erschossen hat. Hier fühlen sich die Extremisten an ihr Schweigegelübde gebunden. Die Omertà der Mafia lässt grüßen.

Wolfgang Kraushaar ist einer der bekanntesten und besten Forscher, was den Terrorismus in Deutschland betrifft. Seine neueste Studie ist zwar spannend und auch gut geschrieben, enttäuscht aber weithin. Sie untersucht, ob die einstige Terroristin Verena Becker (erst für die Berliner »Bewegung 2. Juni« aktiv, später für die RAF) schon vor dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback Kontakte zum Verfassungsschutz gehabt hatte. Becker war seinerzeit in diesen Mord involviert, in welcher Form auch immer. Ihre Kontakte zum Verfassungsschutz vom Herbst 1981 bis Ende 1983 wurden 2007 bekannt.

Was der Autor an Indizien für eine Kooperation Beckers mit dem Verfassungsschutz zusammenträgt, steht auf nicht sonderlich fester Grundlage – etwa der Verzicht auf eine Anklageerhebung im Mordfall Buback, ihre Herausnahme aus der Fahndung, der Verdacht der Unterdrückung von Beweismaterial, Beckers Hafterleichterungen, die Haftverschonung durch Begnadigung. Ungeheimnisse gibt es, aber Kraushaar vermag seine

Hypothese nicht überzeugend zu untermauern. Die Notiz der Staatsicherheit von 1978, Becker werde von Westdeutschen wegen der Zugehörigkeit zu terroristischen Gruppierungen »bearbeitet bzw. unter Kontrolle gehalten«, ist vielfältig interpretiert, jedenfalls kein Beleg. Wie sollte die Staatsicherheit eine geheime Tätigkeit Beckers für den Verfassungsschutz erfahren haben? Kraushaar selbst schreibt abschließend: »Der Verdacht, dass Becker bereits vor 1977 für den Verfassungsschutz gearbeitet haben könnte, ist und bleibt eine begründete Vermutung. Nicht mehr, aber auch nicht weniger« (S. 191). Die Tendenz des Buches geht freilich in eine andere Richtung.

Im Klappentext stehen Sätze, die so nicht stimmen: »Wer erschoss 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback? Keine andere Frage hat die deutsche Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der RAF in den vergangenen Jahren stärker bewegt.« Diese Frage interessiert den Sohn Siegfried Bubacks verständlicherweise, ist für die Forschung freilich von vergleichsweise sekundärer Bedeutung, steht doch der Mord durch die RAF fest. Die Terrorgruppe trat stets als Einheit auf, individuelle Verantwortung zählte nicht. Die Gerichte verfuhren ebenso. Für sie reichte zur Verurteilung der Nachweis einer Mitgliedschaft in der RAF aus.

Im Klappentext heißt es weiterhin, Kraushaar habe »das Für und Wider dieser Hypothese [einer Zusammenarbeit Beckers mit dem Verfassungsschutz vor dem Mord] minutiös untersucht.« Das »Pro« hat er, das Wider jedoch nicht zureichend untersucht. Pointiert formuliert: Was gut an dem Buch ist, war weithin bekannt (etwa das Versagen des Verfassungsschutzes im Fall Schmücker), was neu ist, basiert oft auf Spekulationen. Es spreche vieles dafür, »dass die Affäre um den Mordfall Schmücker eine Art Blaupause für die Affäre Becker gewesen ist« (S. 131). Diese weitgehende Aussage wird nicht schlüssig untermauert.

Detailliert spürt der Verfasser den terroristischen Aktivitäten Beckers nach. 1975 nach der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz mit anderen freigesprest (nur Horst Mahler, inzwischen Mitglieder der maoistischen KPD geworden, lehnte es ab, sich auf diese Weise »ausfliegen« zu lassen), ging Becker wieder in den terroristischen Untergrund. Nach einem Schusswechsel im Mai 1977 wurde sie gemeinsam mit Günter Sonnenberg festgenommen, danach zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt (nicht

wegen des Buback-Mordes) und 1989 begnadigt. Vor allem dank der Hartnäckigkeit Michael Bubacks, des Sohnes von Siegfried Buback, kam Becker erneut vor Gericht. Kraushaar spart – im Gegensatz zum Buback-Sohn – die Frage weithin aus, ob sie die tödlichen Schüsse abgegeben hat. Die Frage sei für ihn nicht relevant – im Vergleich zu der nach einer geheimdienstlichen Tätigkeit Beckers vor dem Mord an Buback.

Der Autor unterscheidet mit Rolf Gössner zwischen vier Varianten der geheimdienstlichen Tätigkeit – den Informanten, den V-Leuten, den Under-Cover-Agenten und den Agent provocateur (»Lockvögeln«). Politikwissenschaftlich ist eine solche Aufklärung interessant, doch Kraushaar weicht der Frage aus, ob demokratische Verfassungsstaaten ohne solche geheimdienstliche Tätigkeit auskommen können. Und: Die letzte Kategorie ist auf einer anderen Ebene angesiedelt. Ein »Lockvogel« kann, was Kraushaar auch nicht bestreitet, ein V-Mann wie ein Under-Cover-Agent sein. Ein V-Mann ist aus der entsprechenden Gruppe gewonnen worden, ein Under-Cover-Agent eingeschleust worden. Für Kraushaar kommt, was Verena Becker betrifft, nur eine Tätigkeit als »Informantin« oder als »Verbindungs-person« in Frage. Solche bisher kaum erörterten Aspekte sind politikwissenschaftlich von Belang. Insgesamt ist die mit Suggestionskraft geschriebene und mit Konjunktiven gespickte Studie zwar seriöser als die von Michael Buback (*Der zweite Tod meines Vaters*, München 2008), aber eben ohne schlüssige Beweiskraft.

Eckhard Jesse

Volker KRONENBERG: *Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Olzog Verlag, 2010, 144 Seiten, 16,90 €

Sternberger, Dahrendorf, Böckenförde, Isensee, Münker, Habermas, Di Fabio, Nolte – klangvoll ist die Reihe der Namen, denen man im wissenschaftlichen Patriotismus-Diskurs immer wieder begegnet. Seit Erscheinen der Habilitationsschrift *Patriotismus in Deutschland* (2005) darf diese Aufzählung um den Namen eines jungen Bonner Politikwissenschaftlers ergänzt werden: Volker Kronenberg. Nach zahlreichen kleineren Beiträgen der letzten Jahre hat dieser nun eine weitere Mono-

graphie zum Thema vorgelegt. Ihr Titel *Patriotismus 2.0* ist programmatic gewählt. In erklärter Anspielung auf die Versionennummern von Softwareprodukten will Kronenberg sich mit *Patriotismus 2.0* deutlich von einem »Patriotismus 1.0«, das heißt von »früheren Nutzungsarten des Patriotismus-Begriffs« (9), abgrenzen. Es geht ihm um eine neue Generation des Patriotismus, der klar proeuropäisch grundiert ist und den Geist der Aufklärung, der Freiheit, der Gleichheit und der humanitären Brüderlichkeit atmet. Die Auslotung dieses erneuerten Patriotismus-Verständnisses ist ihm kein »rein akademisches Glasperlenspiel« (14), sondern ein Beitrag zur notwendigen Debatte über die politischen und sozio-kulturellen Fundamente unseres Gemeinwesens im 21. Jahrhundert.

Patriotismus zählt im öffentlichen Diskurs zu den eher schwierigen Vokabeln. Deshalb stellt Kronenberg seinen Überlegungen ein klärendes Kapitel »Begrifflichkeiten« (23) voran. Bereits hier wird deutlich, dass der Autor Patriotismus im neuzeitlichen Kontext als »politische Tugend« (23) verstanden wissen will, deren Vorhandensein eine zentrale Voraussetzung für das Entstehen und die dauerhafte Existenz des modernen, säkularen Rechts- und Verfassungsstaates darstellt. Zum anderen lässt Kronenberg keinen Zweifel daran, gegen welchen Terminus er seinen *Patriotismus 2.0* in Stellung bringt: Widerpart ist ihm der normativ stark aufgeladene »Kampfbegriff« (28) des Nationalismus, dem in Deutschland heute mit Recht jegliche positive Konnotation abhanden gekommen ist.

Wer einem *Patriotismus 2.0* Konturen verleihen will, der steht in der Pflicht, zunächst einen »Patriotismus 1.0« zu skizzieren, von dem es sich im weiteren Verlauf wenigstens in Teilen abzugrenzen gilt. Kronenberg unternimmt diesen Versuch in vier großen historischen Schritten. Der erste setzt – mit Rückblenden bis ins 9. Jahrhundert – im Jahre 1789 ein, als sich ein deutscher Patriotismus »im Banne der Französischen Revolution« (31) herauszubilden beginnt. Er spannt sich bis zur Reichsgründung 1871, die sich für einen »freiheitlichen Patriotismus« (42) als zunehmend problematisch erweisen sollte. Der »Ideologisierung und Idolatrie des Deutschseins« (44) spürt Kronenberg im zweiten Schritt nach. Dieser führt ihn über den »nationalistischen Rausch vom August 1914« (45) und die zersplitterte Weimarer Republik bis zum »pervertierten Patriotismus« (45) der Nationalso-

zialisten und dem »patriotischen Widerstand« (48) der Männer des 20. Juli 1944. Ein dritter Schritt widmet sich den Jahren der deutschen Teilung. Er setzt ein bei dem nur zaghaft aus den Weltkriegstrümmern erwachsenden »republikanischen Patriotismus« (55) im Westen – Anmerkungen zur Situation im Osten fehlen hier leider – und führt über Sternbergers und Habermas' unterschiedliche Entwürfe eines bundesrepublikanischen »Verfassungspatriotismus« (58) bis zur ambivalenten Haltung der beiden großen Parteilager in der 1989/90 zur Entscheidung drängenden Frage der »nationalstaatlichen deutschen Einheit« (64). Ein vierter Schritt zur »Renaissance des Patriotismus in Deutschland seit 1990« (66) rundet den historischen Rückblick auf frühere Varianten des Patriotismus ab und leitet über zum Herzstück des Bandes.

Kronenbergs Kernbotschaft lautet: Angesichts der virulenten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen müssen wir heute einen Mentalitätswandel herbeiführen. Es geht um eine neue Balance von Bürgerhandeln und Staatsverantwortung. Es geht um eine notwendige Aktivierung aller verfügbaren Kräfte zu einem Engagement im Dienste der Gemeinschaft. Die Zauberformel hierfür findet er in einem erneuerten Patriotismus-Verständnis. Indem Kronenberg sich dieser Aussage im weiteren Verlauf in sechs Kapiteln kuriosisch nähert, gewinnt auch seine Vorstellung eines *Patriotismus 2.0* an Kontur.

Er beginnt mit der Feststellung, dass der erhoffte Mentalitätswandel mit der »geschichtspolitischen Perspektivenerweiterung« (71) zu Beginn des 21. Jahrhunderts bereits eingesetzt hat. Diese Erweiterung des Blickwinkels sei maßgeblich unter Rot-Grün eingeläutet worden. Sie habe »komplementäre Impulse auf dem Feld der Kultur« (73) erfahren und eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Begriffe wie Nation, Patriotismus oder Vaterland »in Zeiten eines nachhaltigen gesellschaftlichen Wandels« (77) wieder salonfähig gemacht. Diesen Wandel konkretisiert Kronenberg im zweiten Kapitel exemplarisch an der »demografischen Krise« (78), die »zuwanderungs- und familiopolitische Maßnahmen« (80) erforderlich mache und die Frage nach einer »aktiven Integrationspolitik« (81) ganz oben auf die Agenda bringe. Feinsinnig spürt er in diesem Zusammenhang den unterschiedlichen Phasen der »Leitkultur-Debatte« nach, die sich letztlich parteiübergreifend in

den Fragen zugespitzt habe: »Wofür stehen wir? Wer sind wir? Was eint uns?« (84). Die demoskopisch gestützten Antworten zeigten, so Kronenberg, dass »in Deutschland heute ein Bewusstsein dafür vorhanden ist, dass aufgeklärter, weltoffener Patriotismus nichts mit Nationalismus, nichts mit der Absolutsetzung der eigenen Patria, mit einer ideologischen Überhöhung derselben zu tun hat – dass die Identifikation mit dem Eigenen selbstverständlich mit der Achtung vor dem Anderen vereinbar ist« (88). Darin erschöpfe sich ein *Patriotismus 2.0* allerdings nicht, sondern er gehe weit über das Emotionale hinaus und meine wesentlich auch das gemeinwohlorientierte Handeln der Bürger – egal ob hier geboren oder zugewandert. Dem hierbei zentralen Begriff der »Bürgergesellschaft« (90) ist das dritte Kapitel gewidmet – mit anregenden Ausflügen in Alexis de Tocquevilles Gedanken über einen »vernunftmäßigen Patriotismus« (92) zur Schaffung einer wertgebundenen Kultur der Kritik und der Toleranz in einer offenen Gesellschaft.

Der proeuropäischen Grundierung des *Patriotismus 2.0* wendet sich Kronenberg im folgenden Kapitel »Vaterland Europa« (103) zu. Klar arbeitet er heraus, dass der Dreiklang »Heimat, Nation, Vaterland« auch in Zeiten der Europäisierung kein Anachronismus ist, sondern dass es eine »europäische Selbstverständlichkeit« (105) darstellt, dass Nation und Europa einander nicht widersprechen, sondern gegenseitig bedingen und stärken. Deshalb bestehe die eigentliche Herausforderung der deutschen Politik heute darin, den Fortbestand des Nationalstaates mit dem supranationalen Gehäuse der Europäischen Union in Einklang zu bringen. Diese Aufgabe konkretisiert Kronenberg in seinem fünften Kapitel »Patriotismus am Hindukusch?« (113) exemplarisch am sensiblen Bereich der Sicherheitspolitik. Indem er hier die provokative Frage »Sterben für die Bundesrepublik?« (118) aufwirft, legt er den Finger auf eine bislang weitgehend tabuisierte Leerstelle des öffentlichen Diskurses. Den Abschluss bilden schließlich einige Gedanken zu den vermeintlichen Gegenbegriffen »Globalisierung und Patriotismus« (120), die Kronenberg unter anderem mit dem Hinweis auf den Patriotismus als nachgewiesen »wichtige Ressource im Standortwettbewerb der globalisierten Wirtschaft« (123) versöhnt.

Dass ein *Patriotismus 2.0* für den Autor weit mehr ist, »als schwarz-rot-goldene Fähnchen bei

sportlichen Großereignissen zu schwenken« (127), bedarf nach diesen luziden Ausführungen eigentlich keiner Belege mehr. Gleichwohl reicht Kronenberg äußerst leserfreundlich am Ende mit seinen »Zehn Thesen zum Patriotismus 2.0« (132) noch einmal eine Zusammenfassung des Vorangegangen nach. Sie mündet in der 10. These: »Ein Patriotismus 2.0 ist fundamental für die Berliner Republik« (134) – nach der Lektüre des vorzüglichen Bandes kann man sie guten Gewissens unterstreichen.

Philipp W. Hildmann

*Ingo Matuschek/Uwe Krähne/Frank Kleemann/Frank Ernst: Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. Wiesbaden: VS Verlag 2010, 270 S., 29,95 €*

Die politische Orientierung von Menschen ist sowohl aus demoskopischer als auch kultur- oder politisch-soziologischer Sicht von jeher ein Forschungsgegenstand der Sozialwissenschaft. In ihrer Studie geben die vier Autoren nun einen Überblick über die sozialstrukturelle Zusammensetzung und alltagsweltliche Praxis linkspolitischer Lager in der Bundesrepublik. Den Ausgangspunkt des Erkenntnisinteresses bilden hier mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und einer zunehmend neoliberalen Orientierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik zwei gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die – so die Autoren – als »gesellschaftliche Zäsuren« (9) die Identität der deutschen Linken beeinflusst hätten. So liegt das erklärte Ziel der Studie in einer explorativen Kartografierung linker Alltagsmilieus in Deutschland (13). Diesem Vorhaben wird folgendermaßen nachgegangen: Im ersten Teil des Buches wird die Gesamtheit der Linksaffinen anhand ihrer spezifischen sozialstrukturellen Merkmale beschrieben. Weiterhin werden einzelne linke Einzelmilieus (z. B. politische Praktikanten, Dauerarbeitslose, latent politische Akteure) einer genauen Betrachtung unterzogen. Die Auswertung qualitativer Einzel- und Gruppeninterviews sowie die Ergebnisse einer breit angelegten Repräsentativumfrage bilden die Grundlage für den zweiten Teil des Textes, welcher sich der Darstellung links-politischer Orientierungen widmet. Anschließend werden in einem weiteren Teil die tagespolitischen Praktiken linksaffiner Deutscher untersucht, be-

vor die Ergebnisse in einem abschließenden Fazit zusammengefasst werden. Insgesamt sticht die Studie hierbei durch ihr sehr systematisches Forschungs- und Auswertungsdesign hervor. So gewährleistet etwa die konstante Anwendung von Vergleichskategorien (sozialstrukturelle Merkmale, praktische Verankerung in nahwestlichen Milieus, Einschätzung der Gesellschaft/politische Grundorientierung, Politische Praxen/Politisierungskarrieren, Verhältnis zur linken Bewegung) nicht nur eine Aufschlüsselung von Zusammensetzung und (politischer) Alltagswirklichkeit der einzelnen Milieus, sondern auch die Möglichkeit einer komparativen Betrachtung. Mit dem Bezug auf das Leitbild sozialer Integration durch Erwerbsarbeit sowie der Einschätzung des kapitalistischen Systems und ihren lebensweltlichen Grundeinstellungen im Allgemeinen gelingt es den Autoren drei gemeinsame Referenzgrößen innerhalb des linksaffinen Spektrums herauszuarbeiten.

Die interviewbasierte Darstellung der politischen Orientierung Linksaffiner in der BRD gliedert sich in die Rekonstruktion von Bezugnahmen auf Wirtschaft und Politik, die Wahrnehmung zentraler gesellschaftlicher Problemfelder, Positionen zur sozialstaatlichen Existenzsicherung sowie subjektive Entwürfe linker Gesellschaftskritik und Gesellschaftsutopien. Auch hier trägt eine systematische Typologiebildung dazu bei, die Vielfalt linksaffiner Auffassungen und Praktiken zu idealtypischen Leitorientierungen zu verdichten. Komplementär werden im Forschungsdesign Erwartungen an die Politik auf der einen und praktische Gestaltungsambitionen der Befragten auf der anderen Seite erfasst. Während eingangs noch eine emanzipatorisch-herrschaftskritische Auseinandersetzung mit wahrgenommenen gesellschaftlichen Zu- bzw. Missständen als »kleinsten gemeinsamen Nenner« linksaffiner Gruppen vorgestellt werden konnte, verdeutlichen sich vor dem Hintergrund der so umfangreichen wie pointierten Darstellung Unterschiede in der politischen Ausrichtung der Einzelmilieus. Die qualitative Datenerhebung trägt außerdem dazu bei, etwaige Binnendifferenzierungen innerhalb der Milieus zu erfassen und einer analytischen Homogenisierung vorzubeugen. Aufschlussreich erscheint auch die Auseinandersetzung mit linken Politisierungsverläufen. Mit Hilfe einer weiteren idealtypischen Unterscheidung können sechs unterschiedliche Mechanismen herausgestellt werden, die eine linke

Orientierung im Lebensverlauf wahrscheinlich werden lassen. Trotz der – sich sozialstrukturell wie inhaltlich-ideologisch widerspiegelnden – Diversität des linksaffinen Spektrums gelangen die Autoren zu dem Schluss, dass »trotz der Grenzziehungen und Abschottungen zwischen einzelnen linksaffinen Alltagsmilieus eine ganze Reihe von gemeinsam geteilten bzw. sehr ähnlichen oder zumindest äußerst anschlussfähigen Auffassungen und Praxen existieren« (249). Eine umfassend angelegte Perspektive auf die »Kartografie« linker Orientierungen lässt darüberhinaus drei »Eckpunkte« (257) linker Orientierungen in der BRD erkennen: reformorientierte Bestrebungen bei einer grundsätzlichen Akzeptanz gesellschaftlicher Verhältnisse, kritische bis ablehnende Bewertungen gepaart mit resignativen Einschätzungen bzgl. etwaiger Veränderungspotenziale sowie radikale Positionen, die auf einer Überwindung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse abzielen. Insgesamt kann das Anliegen einer umfassenden Darstellung des linksaffinen Spektrums als eingelöst betrachtet werden. Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden bietet hier die Grundlage einer gemeinsamen Betrachtung sozialstruktureller Rahmenbedingungen und personaler Deutungsmuster und Praktiken. Diese subjektive Rekonstruktionsleistung entfaltet ihren Nutzen besonders darin, eine mechanistisch-funktionalistische Perspektive auf politisches Engagement dahingehend zu erweitern, dass dieses auch als Pool von Identitätsangeboten für Engagierte erkannt und dargelegt wird. Skeptiker, die einen tendenziösen Charakter der im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführten Studie vermuten, können übrigens beruhigt sein: Anschaulich formuliert und gut lesbar bleibt der Text unter ideologischen Gesichtspunkten leidenschaftslos. Diese Kombination nüchterner Sachlichkeit und analytischer Tiefe lassen das Buch nicht nur als grundlegenden Beitrag zur aktuellen politischen Soziologie der BRD, sondern auch als nützlich für an Reflexion der eigenen politischen Praxis interessierte erscheinen.

Martin Seeliger

**Nils Ole OERMANN:** *Albert Schweitzer. Eine Biographie 1875-1965*, Verlag C. H. Beck, München 2009, 367 Seiten, geb., 24,90 €

Schon zahlreiche Bücher sind über Albert Schweitzer geschrieben worden, aber überwiegend waren es Lobeshymnen, hagiographische Annäherungen, wie sie in den 60er bis zu den 70er Jahren üblich waren. An Schulen und im Konfirmationsunterricht wurde Schweitzer als großes Vorbild dargestellt. Und das war und ist er auch. Begründen lässt sich dies immer noch. Oermann gelingt es, mit klaren historischen Fakten das Leben des großen Theologen, Philosophen, Orgelvirtuosen, Arztes und Friedensnobelpreisträgers für ein größeres Publikum nachzuzeichnen, ohne Widersprüche in diesem Leben zu unterschlagen. So beleuchtet er die nicht unproblematische Beziehung Schweitzers zu seiner Ehefrau Helene Breslau, erläutert präzise alle seine großen wissenschaftlichen und menschlichen Leistungen, ohne auf Kritik zu verzichten.

Deutlich wird, dass Schweitzers denkerische Grundlagen aus der protestantischen Theologie des 19. Jahrhunderts stammten und von da aus zu dem humanistischen Engagement in Afrika führten, die eine »Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben« zur Folge hatte, welche alle Weltanschauungen und Religionen vereinen sollte. Schweitzer wollte Religion durch Ethik ersetzen, eine Ethik, welche das politische Denken mit umfassen sollte. Eindrucksvoll beschreibt Oermann Schweitzers Kampf gegen die atomare Aufrüstung in der Nachkriegszeit und erwähnt Schweitzers mehrere zehntausend Briefe an die großen Persönlichkeiten seiner Zeit, wie unter anderen an Albert Einstein, John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow.

Hannah Arendt sprach einmal von der Liebe zur Welt, und die meinte Albert Schweitzer ebenfalls. Menschen sollen Spuren von Liebe hinterlassen, darauf komme es an. Spuren, die uns Hoffnung und Zuversicht geben in diesem Leben. Schweitzer konzentriert sich auf das Leben als das, was wir haben, was wir erhalten müssen überall. Der Glaube gerät in den Hintergrund. In der »Leben Jesu Forschung« sieht Schweitzer in Jesus nicht den Messias, den Sohn Gottes, sondern ein bloßes sittliches Vorbild, das Herz und Verstand erfassen soll. Damit zieht Schweitzer nur eine Konsequenz, die sich aus der historisch-kritischen Schule der liberalen Theologie ergeben konnte.

Nicht mehr die Verheißung an sich stand im Mittelpunkt. Statt dessen sah man in deren Qualifizierung, das heißt in der *Naherwartung* des Neuen Testaments den alleinigen Fixpunkt, der zu den Parusieverzögerungen und dem Ausbleiben der Parusie führt. Die Auferstehung ist der letzte Versuch, das Reich Gottes herbeizuführen. Er scheitert nach der Auffassung von Schweitzers konsequenter Eschatologie ebenso. Mit der absolut gesetzten Naherwartungsthese scheitert die Hoffnung auf Erlösung, ja die ganze Heilsbotschaft des Christentums. Nietzsches »Gott ist tot« ist nur die weiter zugesetzte Folge dieses Denkens. Die Auferstehung ist nach alledem kein Ausgangspunkt mehr für den österlichen Glauben, der dem Menschen, der zu Staub wird, wieder Hoffnung geben will, sondern ein Endpunkt. Wir haben so gesehen nur diese Welt und dieses eine Leben!

Wenn indes der Apostel Paulus sagt, dass wir elende Menschen seien, wenn wir auf Christus nur in diesem Leben hoffen (1. Kor. 15, 19), dann gerät Schweitzers »Ehrfurcht vor dem Leben« zu einer neuen Absolutsetzung, die das Leben über Gott stellt und eine ebenso eigenwillige wie undurchsichtige Mystik inauguriert. Denn das Gebot der Liebe Jesu wird nun vom Weg des Denkens aus erreicht, nicht mehr vom Glauben an etwas außer uns, das wir uns nicht verdienen und durch keinerlei menschliche Kräfte vereinnahmen können.

Oermann referiert Schweitzers in solche Richtungen weisenden Predigten in Straßburg nach dem ersten Weltkrieg. Es ist klar, dass die Katastrophe dieses Krieges, den christliche Staaten gegeneinander geführt haben, und die damit einhergehende Verzweiflung und Verrohung der ganzen Gesellschaft den Prediger Schweitzer an der christlichen Tradition zweifeln ließen. Wenn überhaupt noch Christentum, so konnte dies für Schweitzer nur noch in Gestalt einer innerweltlichen Ethik wirksam werden. Hier ist Schweitzer beeindruckend. Die Kongruenz von Sagen und Tun besticht. Karl Barth hat dazu treffend bemerkt, dass Theologie eine Luxusbeschäftigung sein könnte, und gefragt, ob nicht der das bessere Teil erwählt, der ohne theologische Besinnung Wunden heilt, Hungrige speist, elternlosen Kinder eine Heimat bereitet?

Nils Ole Oermann verweist auf die Auseinandersetzung Barths mit Schweitzer (171), die vom Ergebnis her noch heute von Bedeutung sein dürfte. Die Ehrfurcht vor dem Leben reicht nämlich als

bloße naturalistische Ethik nicht aus, wenn sie auf die begründende Kraft des Gottesgedankens verzichten zu können meint. Das Gebot des Lebens ist für Barth das Gebot des Schöpfers des Lebens. Letztlich ist die Ehrfurcht vor dem Leben eine Ehrfurcht vor dem Schöpfer. So rückt Barth Schweitzer wieder in die Theologie zurück und lässt die Ethik wieder eine theologische Disziplin sein.

Allein diese Gedankenketten, die Oermann dem Leser eröffnet, machen das Buch wertvoll und empfehlenswert.

Rainer Miehe

*Joachim RADKAU: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München 2011: C. H. Beck Verlag, 782 Seiten, 29,95 €*

Nach dem fulminanten Buch über *Natur und Macht* (2000), nun das Opus Magnum von Joachim Radkau, dem Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bielefeld: Auf 636 Textseiten, mit 2289 Quellen und Anmerkungen und einem breit gefächerten Register der Hauptakteure wird eine umfassende Darstellung der globalen Umweltbewegung(en) präsentiert, eine Geschichte voller Spannung, vielfacher Szenenwechsel und großer Dramatik. Etwas, was man immer schon mal hat wissen wollen. Wer sich die Zeit nimmt zum Lesen, wird dafür reichlich belohnt.

Radkau teilt die *Ära der Ökologie* in mehrere Zeitfenster ein, in Perioden, in denen das Umweltbewusstsein generell geschärft war: die Jahrhundertwende von Naturschutz und Lebensreform; die Jahre der ökologischen Revolution; die Umweltkonjunktur von Tschernobyl bis Rio de Janeiro; die Umweltpolitik zwischen Globalisierung und Glocalisierung.

Er berichtet von ausschlaggebenden Ereignissen und grundlegenden Erfahrungen, von realen Erlebnissen und medialer Visualisierung, von spiritueller Suche und herausragenden Momenten, von der Institutionalisierung und der Bürokratisierung der Umweltpolitik. Er porträtiert dabei markante ökologische Initiativen, charismatische Vor-Denker und imponierende Vor-Reiter. Er schreibt aus innerer Verbundenheit und eigener Betroffenheit – und hält zugleich kritische Distanz. Er setzt auf das integrative Potential ökolo-

gischer Denkansätze – und behält bei allem einen kühlen Kopf.

Radkau's Botschaft: Die Umweltbewegung ist die neue, die »wahre Aufklärung unseres Zeitalters«. Die Vielfalt und die Vernetzung ihrer Motive unterscheidet sie von den früheren großen Bewegungen in der Geschichte. Ihre eigentliche Bedeutung entsteht nicht aus vielen spektakulären Gipfelkonferenzen, sondern aus vielfältigen lokalen Aktivitäten. Und nur das Erkennen der Konflikte um Interessen und das Entdecken der Widersprüche im Verhalten führt zum Kern ihrer Dynamik. Eine globale Geschichte der Umweltbewegung(en) kann daher keine harmonische Geschichte sein, im Gegenteil: Durch den internationalen und intertemporären Vergleich erkennt man, in welch unterschiedlichen Situationen viele Umweltinitiativen sich befinden – und auch, wie wenig sie oft immer noch voneinander wissen, trotz Internet und digitaler Kommunikation.

Alle, die sich der Globalität der Ökologie bewusst sind, mögen hier einwenden, dass »Global denken – lokal handeln« doch das Motto war, das sie selbst aktiviert hat, das die inter-nationale wie die inter-generative Solidarität entstehen ließ, die auch und besonders für lokale Lösungsstrategien zentral ist. Gemach, gemach! Radkau ist ein Meister der Provokation; er ist aber auch ein Meister der Pazifizierung.

Er nennt es die »Dialektik der grünen Aufklärung«. Die Ära der Ökologie sei nicht nur eine Wissensgeschichte; sie sei auch eine Vergessensgeschichte! Einstmals bedeutende Ereignisse und einflussreiche Akteure wurden wieder vergessen. Viele erhellende Werke und Vereinbarungen sind im Ramsch gelandet. Momenten der Erleuchtung und der spontanen Begeisterung folgten rigide und oft unverständliche Umweltverordnungen. Dem Ruf nach Experten und dem Staat folgte wiederum der Bedeutungszuwachs der Laien und der Zivilgesellschaft. Dem Einfluss der Naturwissenschaftler in den frühen Entscheidungsprozessen folgte die Einladung zur Mitarbeit an die Sozial- und Kulturwissenschaftler.

Die Umweltbewegung hat, so hält Radkau entschieden fest, den Mythos des technischen Fortschritts endgültig entzaubert. Zugleich jedoch enthalte der in die Offensive gekommene Naturschutz den Entwurf der »Wiederverzauberung der Welt«. Und dies geschehe zumeist über das, was vor Ort passiert. Der praktische Nutzen der Um-

weltgeschichte, des Rückblicks auf die vergangenen Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte bestehe auch darin, dass hinter dem Wust an Umweltschutzbestimmungen die einfachen Anliegen und Grundmotive wieder erkannt und verfolgt würden: das Bedürfnis nach und das Recht auf sauberes Wasser, auf frische Luft, auf erholsame Ruhe, auf gesunde Ernährung.

Es gibt, so resümiert Radkau, keinen Grund zu der Einbildung, unser heutiges Umweltbewusstsein sei der höchstmögliche und definitive Stand ökologischer Einsichten. Denn aus der Geschichte erkenne man auch, dass es immer wieder mal den entscheidenden »historischen Augenblick« gibt, wo das Trägheitsmoment des Bestehenden durchbrochen und manches möglich wird, was zuvor als unmöglich galt. Und gerade weil es schon viele Themenwechsel gegeben hat, sei es wichtig, die Umweltdiskurse in der Welt über längere Zeiträume zu verfolgen – so das verständliche und auch verstehbare Plädoyer eines Historikers, der Umweltgeschichte zur Großen Geschichte machen will und es mit diesem grandiosen Werk auch geschafft hat. Nun muss das Buch nur noch in unseren Akademien und Hochschulen, in den Medien und in der breiten Öffentlichkeit intensiv diskutiert werden.

Fehlt was? Ja. Bei einem so umfangreichen, inhaltsschweren und facettenreichen Buch sollte auch noch Platz sein für ein ausführliches Sachregister – spätestens in der zweiten Auflage!

Udo E. Simonis

*Irmi Seidl / Angelika Zabrn: Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft, metropolis Verlag, Marburg 2010, 247 Seiten, brosch., 18 €*

Auf das Konto dieses Buches einer deutschen Umweltaktivistin und einer in der Schweiz tätigen Umweltökonomin geht unter anderem das Verdienst, die langjährige Geschichte von Alternativen zum Wachstumsdenken einmal systematisch aufzurollen. Denn heute weiß kaum noch jemand, dass selbst der »Wirtschaftswunderkanzler« Ludwig Erhard schon 1957 laut darüber nachdachte, »ob es nicht sinnvoll ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen« (S. 47). Das jedoch stellt den Wert eines neuen Buches zur Postwachstumsgesellschaft nicht in-

frage. Es gibt kein anderes Werk, das mit der gleichen Systematik zu erfassen versucht, welche Konsequenzen der Verzicht auf Wachstum haben könnte und wo die Debatte verortet werden kann. So kann in spannenden Interviews nachgelesen werden, dass die französische Diskussion zu »décroissance« schon um einiges weiter ist als der US-amerikanische Diskurs zu »degrowth«. Das Buch zeigt, dass sich etwa auch die Gesundheits- oder die Bildungspolitik so ausrichten lassen, dass die Abwendung vom Wachstumsziel damit gelebt wird.

Nicht alle Beiträge im Buch sind von gleicher Qualität und am Thema »Postwachstumsgesellschaft« auch gleichermaßen orientiert. Es ist achtlich, dass der renommierte Schweizer Soziologe François Höpflinger für ein Kapitel zu Alterssicherungssystemen gewonnen werden konnte, aber wenn dort laut über »eine Verlängerung der Erwerbsdauer« (S. 61) nachgedacht wird, passt dies nicht notwendigerweise in den Kontext der Postwachstum debatte. Und so wichtig »Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation« (eine Kapitelüberschrift) auch sind – es wird nicht klar, wie zwingend politische Partizipation und wirtschaftspolitische Ausrichtung einander gekoppelt sind. Umgekehrt wird im Kapitel zur Arbeitsmarktpolitik der Zusammenhang zwischen Wachstums- und Erwerbsgesellschaft nicht hergestellt. Selbst wenn man das Konzept der Grundsicherung ablehnt, hätte es in einem Buch über die Postwachstumsgesellschaft eine Erwähnung verdient. Warum aber nun wiederum eine Expansion des Dienstleistungssektors, die der Autor fordert, das Wachstumsdenken überwinden soll, bleibt offen.

Dass es diese und andere Reibungspunkte im Buch von Seidl und Zahrnt gibt, spricht weniger gegen das vorliegende Buch als vielmehr dafür, dass ein gutes Stück der Debatte über die Abkehr vom Wachstumsparadigma noch vor uns liegt.

Stefan Mann

André Schlüter: *Moeller van den Bruck. Leben und Werk*. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2010, 464 Seiten. 54,90 €.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) ist zweifellos von einer deutlichen Schwerpunktsetzung ge-

prägt. Tatsächlich konzentrierte sich die Forschung bislang vor allem darauf, die Rolle, die Moeller als wichtigster Publizist der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik spielte, möglichst detailliert zu erfassen. Dieses vorrangige Forschungsinteresse ist verständlich. Handelt es sich doch bei der »Konservativen Revolution« um eine geistige Bewegung der politischen Rechten, die durch ihre publizistische Agitation gegen die erste deutsche Demokratie den Aufstieg des Nationalsozialismus massiv begünstigte. Aufgrund ihrer antide mokratischen Ausrichtung lässt sich zwar auch die »Konservative Revolution« eindeutig dem Rechtsextremismus zuordnen, dennoch ist ihr ideologisches Angebot nicht vollständig identisch mit dem des Nationalsozialismus.

Von dieser Forschungslage ausgehend verfolgt André Schlüter mit seiner Studie das Ziel, das eingeschränkte Sichtfeld auf Moeller zu erweitern. Hierfür stellt er das publizistische Werk dieses konservativen Revolutionärs in seiner Gesamtheit dar. Sinnvollerweise orientiert sich der Aufbau der Untersuchung an der chronologischen Struktur des umfangreichen Oeuvres des Schriftstellers. So erfährt man bald, dass Moeller bereits im Alter von 20 Jahren seine ersten Texte veröffentlichte. Dabei trat er als Literaturkritiker in Erscheinung. Bereits in diesen frühen Aufsätzen präsentierte er sich als ein sehr selbstsicherer Zeitgenosse. Sein Selbstwertgefühl schien durch die Tatsache, dass er kurz zuvor die Schule ohne Abschluss verlassen hatte, nicht besonders beeinträchtigt worden zu sein. Auch weil Moeller über die entsprechenden persönlichen Kontakte verfügte, konnte er seine Texte von Anfang an in einem gehobenen publizistischen Umfeld platzieren. Seine Artikel erschienen in Zeitschriften, in denen zum Beispiel auch Thomas Mann und Stefan Zweig veröffentlichten. Gleichwohl verdiente er mit seiner schriftstellerischen Tätigkeit vorerst nicht genug Geld, um von ihr leben zu können. Viele Jahre war der Autor auf die finanzielle Unterstützung durch wohlhabendere Freunde und andere Gönner angewiesen.

Im weiteren Verlauf seines publizistischen Schaffens erweiterte Moeller die Themen seiner Kunstkritik. Als Autodidakt eignete er sich umfangreiche Kenntnisse über die bildenden und darstellenden Künste und über Musik an. Allerdings litt die Qualität seiner Kunsbetrachtungen immer mehr darunter, dass er sie nationalistisch ausrichtete. So gefiel es dem Autor zunehmend, hochwer-

tige Kunst insbesondere mit dem deutschen Kulturreaum in Verbindung zu bringen, während er im Gegenzug vermeintlich minderwertige Kunst mit Vorliebe dem nicht-deutschen Kulturreaum zuteilte. Obgleich Schlüter die nationalistischen Zu-sprützungen im Werk Moellers mit großer Sensibilität nachzeichnet, gelingt es ihm auch, überzeugend herauszuarbeiten, dass dem Schriftsteller unabhängig von seiner nationalistischen Entwicklung mitunter fruchtbare Kunstinterpretationen gelungen sind. Beispielsweise fiel er im Jahr 1899 durch eine originelle Würdigung des Werks des Lyrikers Alfred Mombert (1872-1942) sehr positiv auf. Und noch im Jahr 1916, als sein nationalistisches Denken schon längst stark ausgeprägt war, gelang ihm in seinem Buch *Der preußische Stil* unter anderem eine sinnstiftende Einordnung der Arbeit des Architekten Friedrich Gilly (1772-1800).

Schlüter ist es wichtig, kenntlich zu machen, dass Moeller der modernen Kunst durchaus offen gegenüberstand. Dementsprechend hinterfragt er auch kritisch die Deutungen, die in dem Schriftsteller vornehmlich einen antimodernen und kulturreessimistischen Denker sehen wollen. Dank Schlüters Ausführungen kann man Moellers Verhältnis zur modernen Kunst wie folgt zusammenfassen: Unter der Voraussetzung, dass diese geeignet erschien, zu einem stärkeren politischen Einheitswillen der deutschen Nation beizutragen, war sie durchaus willkommen. Tatsächlich ging es Moeller bei seinen vielfältigen kulturhistorischen Be trachtungen immer wieder darum, einen einheitlichen Kunststil des deutschen Volks anzumahnen. Dieser Kunststil sollte die politische Einheit und den imperialen Herrschaftswillen der deutschen Nation stärken. Von dieser nationalistischen Zielvorgabe war auch seine Sicht auf die Industrialisierung und Technisierung Deutschlands geprägt. Seine Haltung zu bestimmten Formen der gesellschaftlichen Modernisierung gestaltete sich jedoch durchweg negativ: Individualisierungs-, Pluralisierungs-, und Demokratisierungsprozesse waren ihm zeitlebens ein Graus. Diese Seite der Moderne gefährte seines Erachtens den Zusammenhalt der deutschen Nation. In der Gesamtschau zeigt sich daher, dass Moellers Beziehung zur Moderne durchaus ambivalent gewesen ist. An anderer Stelle veranschaulicht Schlüter, dass der Erste Weltkrieg auch den Lebensweg Moellers entscheidend prägte. Sein nationalistischer Radikalisierungsprozess war zwar schon am Vorabend des Krieges

recht weit fortgeschritten, doch zweifelsfrei trug der Krieg zu einer weiteren Verschärfung seines chauvinistischen Denkens bei. Eine nicht unerhebliche Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass er während der letzten beiden Kriegsjahre für die Oberste Heeresleitung propagandistisch tätig war. Vor diesem Hintergrund entbehrt es auch nicht einer gewissen Logik, dass Moeller nach dem Krieg verstärkt als politischer Publizist in Erscheinung trat.

Schlüters Auseinandersetzung mit dem politischen Spätwerk des Schriftstellers macht Folgendes deutlich: Moeller bedauerte den Untergang des Deutschen Kaiserreichs keineswegs. Schließlich hatte sich dieses politische System letztlich als unfähig erwiesen, die Weltgeltung Deutschlands zu steigern. Aus diesem Blickwinkel heraus gestand er sogar der deutschen Revolution von 1918/1919 eine gewisse Sinnhaftigkeit zu. Hatte diese doch zumindest den Weg für neue politische Entwicklungen freigemacht. Freilich entsprach das Ergebnis der Revolution, die Weimarer Republik, nicht seinen revanchistischen Großmachtphantasien. Folglich setzte er sich dafür ein, die erste deutsche Demokratie durch eine nationalistische Revolution zu beseitigen. Die Macht Deutschlands sollte durch die Etablierung einer nationalen Diktatur erheblich gesteigert werden. Als Sozialdarwinist begrüßte er selbstverständlich auch den Einsatz kriegerischer Mittel, um eine deutsche Dominanz in Europa und der Welt zu erreichen.

Seine Träume von einem deutschen Imperium hat Moeller bekanntlich vor allem in seinem berühmt-berüchtigten Buch *Das dritte Reich* (1923) dargelegt. Zwar wurde der Begriff »Das dritte Reich« zuvor auch schon von anderen politisch rechts stehenden Autoren verwendet, doch die starke propagandistische Kraft, die dieser Begriff insbesondere am Ende der Weimarer Republik entfaltete, ist maßgeblich auf die besagte Schrift zurückzuführen. Die Formel »Das dritte Reich« diente dem Nationalsozialismus als wirkungsmächtiges Schlagwort, um gegen die erste deutsche Demokratie Stimmung zu machen. Trotzdem wurde der Ausdruck »Das dritte Reich« als Bezeichnung für den nationalsozialistischen Staat von den neuen Machthabern im Jahr 1939 verboten. Ein Grund hierfür war sicher auch, dass diese erkannt hatten, dass der Reichsgedanke Moellers nicht mit ihrem biologistischen Rassismus übereinstimmte. Ferner weist Schlüter darauf hin, dass

die Schrift *Das dritte Reich* auch deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil darin der Versuch unternommen wird, den Konservatismus-Begriff der damaligen Zeit zu erneuern. Für Moeller stand fest, dass sich der traditionelle Konservatismus überlebt hatte. Daher sah er es als die Aufgabe eines zukunftsähigen Konservatismus an, zunächst einmal wieder Werte zu schaffen, deren Erhaltung sich lohnt. Angesichts dieses Engagements für eine Revolutionierung des Konservatismus-Begriffs wird auch verständlicher, warum ausgerechnet dieser Autor als wichtigste Figur der »Konservativen Revolution« gilt.

Als die Schrift *Das dritte Reich* im Herbst des Jahres 1923 erschien, war Moeller bereits zur führenden Gestalt des 1919 gegründeten Juni-Klubs aufgestiegen. Der Juni-Klub muss als die einflussreichste Vereinigung der »Konservativen Revolution« betrachtet werden. Im vielfältigen ideologischen Spektrum der »Konservativen Revolution« ist dieser Klub der Strömung der »Jungkonservativen« zuzuordnen. Sein zentrales publizistisches Organ war die Zeitschrift *Das Gewissen*. Allerdings wirkte der Juni-Klub nicht nur publizistisch: Das mit dem Klub verknüpfte *Politische Kolleg* verstand sich als Bildungseinrichtung und führte Schulungen durch. Dass die Weimarer Republik das Krisenjahr 1923 überstand und sich zudem im Jahr 1924 zunehmend stabilisierte, konnte dem Juni-Klub nicht gefallen. Der Klub geriet in eine heftige Krise. Geldgeber, die auf den Untergang der Republik gesetzt hatten, zogen sich zurück. Tatsächlich zerfiel der Klub wegen massiver politischer Streitigkeiten im Jahr 1924 weitgehend. Moeller wurde seines Lebenssinns beraubt. Außerdem begannen auch wieder seine Geldsorgen, denn mit seiner Arbeit für den Klub hatte er sich in den letzten Jahren seinen Lebensunterhalt verdient. Im Herbst des Jahres 1924 wurde der Schriftsteller wegen einer Erschöpfungsdepression in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert. Am 30. Mai 1925 starb er durch Suizid.

Als Resümee bleibt festzuhalten, dass es an Schlüters Studie wenig zu kritisieren, aber viel zu loben gibt. Die besondere Stärke des Buchs ist es, dass das schriftstellerische Werk Moellers sehr ausgewogen und detailliert dargestellt wird. Sicherlich hätte Schlüter die wohltuende Übersichtlichkeit seiner Untersuchung noch weiter steigern können, wenn er seine 28 Seiten lange Einleitung durch ein paar Unterkapitel gegliedert hätte. Und

gelegentlich hätte man gerne etwas mehr darüber erfahren, wie sich das Leben Moellers abseits seiner publizistischen Arbeit gestaltete. Doch dieser vermeintliche Mangel könnte auch schlichtweg dem Umstand geschuldet sein, dass das Leben dieses konservativen Revolutionärs eben vor allem aus publizistischer Arbeit bestand. Zumindest ist dies einer der vielen Eindrücke, die man gewinnen kann, wenn man Schlüters verdienstvolle Studie liest.

Stefan Kubon

*Amartya SEN, Die Idee der Gerechtigkeit. Aus dem Englischen von Christa Krüger, München 2010 (C. H. Beck-Verlag), 403 S., 29,95 €*

Was ist Gerechtigkeit? Über diese Frage wird nicht nur in der Philosophie seit der Antike kontrovers diskutiert. Beiträge zu dieser Debatte füllen ganze Bibliotheken. Nun hat auch der in Harvard lehrende Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen mit seinem Buch *Die Idee der Gerechtigkeit* eine Antwort auf diese Frage vorgelegt. Es ist der »Erinnerung an John Rawls« gewidmet, womit Sen nicht nur eine formale Würdigung des Autors von *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971) verbindet. Der 2002 verstorbene Rawls war Sens akademischer Freund, Kollege und Lehrer. Der Autor von *Die Idee der Gerechtigkeit* versteht darüber hinaus sein Werk sowohl als Anknüpfungspunkt an Rawls wie als Kritik an dessen Verständnis. Dieser hatte in seinem mittlerweile als moderner Klassiker geltenden Buch an vertragstheoretische Überlegungen angeknüpft: Aus einer konstruierten Situation des Un-Wissens leitete Rawls Grundprinzipien der Gerechtigkeit ab, welche die entscheidenden Institutionen in einer Gesellschaft als konstitutive Eigenschaften prägen sollten.

Sen setzt sich in einem der 18 Kapitel seiner Arbeit näher mit Rawls auseinander und formuliert darin neben Kritik auch Zustimmung. Gleichwohl überwiegen die Einwände, will Sen seine Auffassung doch im Kontrast zur Perspektive von Rawls und anderen Vertragstheoretikern entwickeln: »Dieser Ansatz, der ideale Institutionen zum Maßstab für Gerechtigkeit macht – man könnte ihn... transzendentalen Institutionalismus nennen – hat zwei deutliche Merkmale. Erstens konzentriert er sich auf vollkommene Gerechtigkeit und nicht auf einen Vergleich von mehr oder weniger Gerech-

tigkeit und Ungerechtigkeit... Zweitens konzentriert sich der transzendentale Institutionalismus bei seiner Suche nach Vollkommenheit vorwiegend auf das richtige Verständnis der Institutionen und nicht unmittelbar auf die tatsächlichen Gesellschaften, die am Ende entstehen» (S. 34). Genau dies beabsichtigt Sen mit seinem Gerechtigkeitsverständnis, das statt primär auf die Regeln vielmehr auf deren Verwirklichung ausgerichtet sein soll. Zur Erläuterung dieser Grundposition wird auch auf die Unterschiede zwischen *niti* und *nyaya* als zwei Konzepten von Gerechtigkeit in der frühen indischen Rechtlehre verwiesen. Im erstgenannten Sinne stelle man auf die Korrektheit von Institutionen und Verhalten ab. Demgegenüber beziehe sich das umfassendere *nyaya* mehr auf das tatsächliche Leben der Menschen. Ganz im Sinne der letztgenannten Perspektive bemerkt Sen: »... ich behaupte, dass es sehr gute Gründe gibt, Fragen zur Gerechtigkeit stattdessen erstens auf die Einschätzung sozialer Verwirklichungen zu konzentrieren, das heißt, auf das, was tatsächlich geschieht (und nicht ausschließlich auf die Beurteilung von Institutionen und Regelungen), und zweitens auf vergleichende Erwägungen zur Stärkungen von Gerechtigkeit (und nicht auf den Versuch, vollkommen gerechte Regelungen zu bestimmen» (S. 438). Letztere könne es auch nur schwerlich geben, müsse doch eine Theorie der Gerechtigkeit die Pluralität von unterschiedlichen Gründen auf Basis der Vernunft berücksichtigen. Dies veranschaulicht Sen bereits in der Einleitung anhand eines Beispiels: Drei Kinder stritten sich um eine Flöte. Das erste Kind kann das Instrument spielen, das zweite Kind verfügt über keine anderen Spielsachen, und das dritte Kind hat die Flöte gebaut. Hier lasse sich auch im Sinne des öffentlichen Verbrauchs der Rawlsschen Gerechtigkeitstheorie keine klare Entscheidung für den Besitz der Flöte benennen. Sen legitimiert ebenfalls den Verzicht auf ein ideales Gerechtigkeitsverständnis mit einem Beispiel: Wenn wir begründen wollten, warum wir einen van Gogh einem Picasso vorziehen, bräuchten wir nicht die Idealvorstellung eines vollkommenen Bildes wie der »Mona Lisa«. Auch ansonsten ist das Buch reich an interessanten und reizvollen Reflexionen, wobei Sen sowohl aus der indischen Geistesgeschichte und der westlichen Philosophie schöpft wie sich kleinerer Geschich-

ten und komplexer Gedankenexperimente bedient. Außerdem streift er die unterschiedlichsten Themen von der Demokratie über die Freiheit und das Glück bis zu den Menschenrechten.

Nach der Lektüre legt man das Buch bereichert, aber auch ein wenig enttäuscht zur Seite: Sen macht durchaus zutreffend auf Grenzen und Lücken in Rawls' Gerechtigkeitstheorie aufmerksam und formuliert auch beachtenswerte Ansätze für ein pluralistisches Gerechtigkeitsmodell. Gleichwohl darf man kritisch fragen, inwieweit Sen Rawls' Auffassungen auch korrekt wiedergegeben hat. Rawls verstand seine *Theorie der Gerechtigkeit* eben als ein theoretisches Modell mit der Benennung von Prinzipien, welche den Maßstab zur Beurteilung von Gesellschaft und nicht nur von Institutionen abgeben sollten. Insofern blieb diese Gerechtigkeitstheorie sehr abstrakt und idealtypisch. Hier kann man das Fehlen von Aussagen zur konkreten Anwendung kritisieren, aber nicht die Einseitigkeit von Bewertungsmaßstäben bei der konkreten Anwendung. Insofern zielt Sens Kritik an Rawls an einem durchaus kritikwürdigen Aspekt der Gerechtigkeitstheorie dieses modernen Klassikers der politischen Theorie vorbei. Beachtung verdient gleichwohl, dass Sen immer wieder auf die Pluralität vernünftiger Begründungsformen für Gerechtigkeit sowie damit verbundene Konfliktpotentiale und Unentschiedenheit verweist. Wohlmöglich stellt sich hier die Frage, ob man überhaupt von der Gerechtigkeit sprechen kann und ob die Klarheit und Trennschärfe dieses Begriffs nicht ohnehin problematisiert gehört. Sen liefert jedenfalls – entgegen des Buchtitels – keine eigene inhaltlich entwickelte Gerechtigkeitstheorie und damit auch keine überzeugende Alternative zu Rawls in dieser Hinsicht eben auch kritikwürdigen Theorie. Allenfalls hat man es in *Die Idee der Gerechtigkeit* mit beachtenswerten Reflexionen, aber nicht mit einem großen Wurf zu tun. Nachdenken über eine gerechte Welt lohnt sich immer! Aber Sens lobenswerte Bescheidenheit und Realitätsnähe kommt denn dann doch nicht über allgemeine Bemerkungen zur Befähigung von Menschen, Erweiterung von Gerechtigkeit, Realität von Möglichkeiten und Vermeidung von Ungerechtigkeiten hinaus.

Armin Pfahl-Traughber